

Prolog

Ein Jahr und einen Monat, nachdem der Friedensvertrag zwischen der Guerilla FARC („Fuerzas Armadas Revolucionarias de Colombia“) und der kolumbianischen Regierung unter Präsident Juan Manuel Santos in Kraft getreten war, betraten vier Männer am 29. Dezember 2017 gegen 10.45 Uhr ein Haus in der Friedensgemeinde San José de Apartadó.¹ Bei den Männern handelte es sich um in der Region bekannte Paramilitärs², unter ihnen ein Befehlshaber mit dem Alias-Namen ‚Felipe‘. Sie trugen dunkle, langärmelige Kleidung mit Kapuzen und waren bewaffnet mit einer 9-mm Sig Sauer Pistole – ein Präzisionsprodukt norddeutscher Waffenkonstruktion. In dem Haus, in dem Kakao für die Kommerzialisierung gelagert wird, hielten sich zu diesem Zeitpunkt verschiedene Gemeindemitglieder auf, u.a. ihr gesetzlicher Repräsentant G.G.. Seit der Demobilisierung der zuvor in der Zone operierenden 5. und 56. Front der FARC im April 2017 wies die Friedensgemeinde in verschiedenen Kommuniqués wiederholt darauf hin, dass die Bedrohung durch die paramilitärische Gruppe AGC („Autodefensas Gaitanistas de Colombia“) massiv zugenommen habe (Vgl. bspw. CdP San José 2017d). Nachdem sich die Männer Zutritt zu dem Haus verschafft hatten, zogen sie ihre Pistole und versuchten zunächst die dort anwesenden Gemeindemitglieder

- 1 Diese Vignette basiert auf persönlicher Kommunikation mit Gemeindemitgliedern, öffentlichen Kommuniqués der Gemeinde, Videos und Fotos, die die Gemeinde auf ihrem Twitteraccount zur Verfügung stellt, sowie Nachrichten- und Videobeiträgen von kolumbianischen Zeitungen und Fernsehprogrammen, deren Quellen angegeben sind.
- 2 Die kolumbianische Regierung bezeichnet diese Gruppen als bandas criminales (bacrim) oder neo-paramilitärische Gruppen. Sie behauptet, dass sich bei der Demobilisierung der AUC in den Jahren 2003 bis 2006 die Paramilitärs vollständig demobilisiert hätten und es sich bei den aktuellen Gruppen um neue kriminelle Vereinigungen handelte. Ich werde in dieser Arbeit dieser semantischen Irreführung nicht folgen, die versucht die Verbindung von alten und neuen paramilitärischen Strukturen sprachlich zu negieren. Stattdessen halte ich an dem Begriff Paramilitär fest, der im engeren Sinne nicht mehr bezeichnet als militärische Einheiten, die nicht Teil einer staatlichen Armee sind, aber in dessen Interesse agieren, was sich im Übrigen mit dem ‚emischen‘ Gebrauch des Begriffes deckt. Auch die Bewohner_innen der Friedensgemeinde bezeichnen die in ihrer Region operierenden paramilitärischen Kämpfer_innen weiterhin als Paramilitärs, da diese Menschen mit ihren Namen und ihrer Geschichte teils seit Jahrzehnten in der Region bekannt sind und ihren Tätigkeitsbereich (Drogenhandel, Kontrolle der Bevölkerung und lokalen Ökonomie etc.) auch nicht mit ihrer vermeintlichen Demobilisierung geändert haben. Ich halte es aus diesem Grund für inhaltlich korrekt in dieser Arbeit den Begriff Paramilitär zu gebrauchen, auch um nicht einem durchaus fragwürdigen politischen Prozess sprachlich zum Erfolg zu verhelfen.

in einen Raum zu drängen. Bei diesem Versuch verwickelten einige von ihnen die Angreifer in ein Handgemenge, bei dem Schüsse fielen, die G.G. leicht verletzten. Trotzdem gelang es den Gemeindemitgliedern, den Angreifern die Waffe zu entwenden und zwei von ihnen festzuhalten, während die anderen beiden flohen. Als der erste Schock überwunden war, entschieden sich die Gemeindemitglieder dagegen, die beiden Paramilitärs sowie die Sig Sauer Pistole der lokalen Polizei bzw. Staatsanwaltschaft zu übergeben. Stattdessen riefen sie verschiedene Institutionen der nationalen Regierung an – u.a. das Präsidialamt, das Innenministerium, die nationale Ombudsstelle für Menschenrechte – und forderten diese auf, die beiden Verdächtigen entgegenzunehmen. Dies geschah nicht allein aus fehlendem Vertrauen in die lokalen Behörden, sondern aus dem Wunsch heraus, den nationalen Funktionär_innen³ des kolumbianischen Staates, die die Systematik hinter den 170 Morden an sozialen Aktivist_innen allein im Jahr 2017 bestritten hatten (Vgl. El Tiempo 2018), einen direkten Kontakt zu einem solchen Attentat zu ermöglichen. Sie sollten den Täter_innen ansichtig werden und das Unbehagen der angegriffenen Gemeinde zu spüren bekommen. Um zu verhindern, dass die Waffe wieder in Umlauf gerate und möglicherweise erneut gegen soziale Aktivist_innen eingesetzt werde, beschlossen die Gemeindemitglieder sie weder den lokalen noch nationalen Behörden zu übergeben, sondern sie zu einem späteren Zeitpunkt zu zerstören (Vgl. CdP San José 2017l; 2017m).

Bereits 24 Stunden später, am 30. Dezember 2017, kam eine Delegation, bestehend aus dem Vize-Innenminister Kolumbiens Horacio Guerrero García, aus Vertreter_innen der Ombudsstelle für Menschenrechte sowie dem Bischof Hugo Alberto Torres, nach San José de Apartadó und nahm während eines öffentlichen Aktes unter Anwesenheit der Gemeindemitglieder, nationaler Journalist_innen und internationaler Menschenrechtsbegleiter_innen die beiden festgehaltenen Angreifer entgegen. Die Delegation übergab die beiden Paramilitärs der Ermittlungsbehörde der lokalen Staatsanwaltschaft in der Kreishauptstadt Apartadó, die die beiden wenige Stunden später einem Haftrichter vorführte. Dieser setzte sie kurzerhand wieder auf freien Fuß. Laut Aussage einer namenlosen Mitarbeiterin der Ermittlungsbehörde in der Nachrichtensendung, *noticias uno* vom 8. Januar 2018 begründete der Haftrichter die Freilassung mit dem Argument, dass die fundamentalen Rechte der Angreifer bei ihrer Festsetzung durch die Friedensgemeinde verletzt worden seien, weil die beiden nicht hätten telefonieren können (Vgl. Noticias Uno 2018). Sich ihrer Rechte als Täter scheinbar voll bewusst, zeigten die beiden vor ihrer Freilassung die Friedensgemeinde noch wegen Freiheitsberaubung an (Vgl. CdP San José 2018d). Nachdem die lokalen Behörden die rechtsstaatliche Grundordnung im Interesse der ‚mutmaßlichen‘ Täter erfolgreich verteidigt hatten, beeilte sich die Staatsanwaltschaft in Apartadó zu versichern, dass sie nun eine formale Untersuchung des Falles aufnehmen werde, die zeigen sollte, ob ein Haftbefehl für die ‚mutmaßlichen‘ Paramilitärs ausgestellt werden könne (Vgl. Noticias Uno 2018).

Einen weiteren Beitrag zur vermeintlichen Aufklärung der Geschehnisse leistete Luis Pérez Gutierrez, der zu diesem Zeitpunkt regierende Gouverneur des Departments Antioquia, in dem die Friedensgemeinde liegt. Auf einer Pressekonferenz am 2. Januar 2018 – gerahmt von der dekorativen Autorität vier militärischer Befehlshaber – gab Pérez im blauen Hemd und sportlichen Sakko,

3 Ich werde in dieser Arbeit zur Benennung von Personen die Schreibweise mit Gender_Gap verwenden solange das soziale Geschlecht der benannten Personen nicht einheitlich und/oder relevant ist. Ist das soziale Geschlecht der benannten Personen eindeutig und relevant, verwende ich das entsprechende Femininum bzw. Maskulinum.

hinter einem grünen Tisch stehend, die offizielle Interpretation der Ereignisse bekannt. Er verkündete, dass sich das Thema in der Sitzung eines Sicherheitsrates aufgeklärt habe: „Es waren gar keine Paramilitärs, es waren ein paar Jungs, einer von ihnen der Friseur der Gemeinde, die sich Kapuzenpullis übergezogen haben, um eine Scheune zu überfallen. Die Gemeinde hielt sie relativ lange fest, aber als die Regierung eingreifen konnte, stellte sich heraus, dass es Jungs aus derselben Gemeinde waren, die versucht hatten, einen Laden zu überfallen“ (CdP San José 2018a; Noticias Uno 2018). Er ließ es bei diesem stilsicheren Ausflug in die magische Wirklichkeit kolumbianischer Politik aber nicht bewenden, sondern schob noch eine indirekte Drohung hinterher, indem er der Friedensgemeinde prophezeite, dass „der Moment kommen kann, wo es ihr so gehen werde wie dem lügenden Schäfer⁴ - wo, bei so vielen grundlosen Anschuldigungen, der Staat, wenn seine Präsenz mal wirklich gebraucht werde, nicht mehr da sein kann“ (CdP San José 2018a). Überflüssig zu erwähnen, dass von den beiden paramilitärischen Angreifern seit ihrer Freilassung jede Spur fehlt.

Am 31. Januar 2018 machten die Gemeindemitglieder ihre Ankündigung wahr und zerstörten die Sig Sauer Pistole. Zum Anlass nahmen sie den Besuch von Carlos Alfonso Negret, nationaler Ombudsmann für Menschenrechte, der an diesem Tag die Friedensgemeinde besuchte – der erste Besuch eines nationalen Ombudsmanns für Menschenrechte, den die Friedensgemeinde in ihrer über 20jährigen Existenz erlebte. Unter blauem, leicht bewölktem Himmel, umgeben von den hemdsärmeligen Gemeindemitgliedern und vor den aufmerksamen Augen von Carlos Alfonso Negret kniete der Bauer G.T. – im Alter von noch nicht mal 40 Jahren eine der erfahrensten Führungspersönlichkeiten der Gemeinde – vor einem grauen eiförmigen Flusstein, auf dem er die Waffe mit einem gewöhnlichen eisernen Zimmermannshammer geduldig in ihre Einzelteile zerschlug. Verpackt in einer schwarzen Plastiktüte wurden diese Einzelteile anschließend dem nationalen Ombudsmann für Menschenrechte mitgegeben, der diese später der Staatsanwaltschaft in Apartadó übergab (Vgl. El Espectador 2018a). In einem zwei Tage später veröffentlichten Kommuniqué begründeten die Gemeindemitglieder die Zerstörung der Waffe wie folgt:

Viele Personen und Organisationen haben uns dafür kritisiert, die Waffe nicht den Ermittlungs- und Kontrollbehörden zur Verfügung zu stellen. Unsere Gemeinde hat über die vergangenen 20 Jahre die Erfahrung gemacht, dass solche Waffen früher oder später wieder in organisierte kriminelle Kreise zurückkehren, um weitere Menschenleben zu zerstören [...]. Aus moralischen Prinzipien, die wir seit unserer Gründung klar definiert haben, lehnen wir es ab mit diesen ‚Kreisen des Todes‘ zu kollaborieren [...]. Unsere Gemeinde, wie in anderen Momenten auch, sagt es noch einmal sehr deutlich: Wir wollen keinen Krieg und noch viel weniger Kriegsmaterialien, die Menschenleben zerstören. (CdP San José 2018b; Übersetzung: P.N.)

Diese Episode von einem Monat Dauer ist die Geschichte der Friedensgemeinde San José de Apartadó in einer Nusschale. In ihr sind einige der zentralen Phänomene und Aspekte der Begegnungen zwischen staatlichen Institutionen und zivilen Bewohner_innen in einer kolumbianischen Konfliktregion angelegt, denen ich in dieser Arbeit nach-

4 Der ‚pastorcito mentiroso‘ ist eine spanischsprachige Kindergeschichte, bei der ein junger Schäfer sich einen Spaß daraus macht, die Bäuer_innen aufzuschrecken, indem er sie fälschlicherweise alarmiert, dass ein Wolf die Schafe angreife, mit dem Ergebnis, dass dem Schäfer nicht mehr geglaubt wird, selbst als es dann tatsächlich passiert und ein Wolf die Schafe angreift.

gehen werde. Dazu zählen unter anderem ein Dorf von Kleinbäuer_innen, das sich gegen die Dynamiken der politischen Gewalt wehrt; (il-)legale bewaffnete Gruppen, die die Bewohner_innen dieses Dorfes verfolgen und angreifen; staatliche Ordnungskräfte, die nicht für die Sicherheit der Bewohner_innen sorgen; Justizbehörden, die widersprüchlich agieren, ohne (einen Großteil der) Verbrechen zu sanktionieren und Politiker_innen, die die Glaubhaftigkeit der Friedensgemeinde und ihrer Mitglieder in Frage stellen, sie stigmatisieren oder sich über sie lustig machen. An ihrem Ende sind es die Gemeindemitglieder selbst, die konkrete Schritte unternehmen, um die Gewaltdynamik in dieser Konfliktregion zu transformieren: Sie zerstören die Pistole eines internationalen Waffenherstellers, von der nicht nur unklar ist, wie sie nach Kolumbien gekommen ist, sondern auch, ob sie das hätte überhaupt dürfen.⁵

5 Das Unternehmen Sig Sauer wurde 2014 beschuldigt von 2006 an über 100.000 Pistolen u.a. aus ihrer Waffenschmiede in Eckernförde über das US-Verteidigungsministerium nach Kolumbien exportiert zu haben, ohne dass eine Export- bzw. Re-Export-Genehmigung des Bundesamtes für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle erteilt wurde (Vgl. sueddeutsche.de 2014; spiegel.de 2014). Im Oktober 2018 wurde ein Manager des Unternehmens wegen dieser illegalen Waffenexporte in Deutschland verhaftet (Vgl. spiegel.de 2018), im April 2019 mehrere Manager zu Bewährungsstrafen verurteilt (Vgl. Zeit 2019). Das Unternehmen Sig Sauer gab auf meine Anfrage keine Auskunft über den Herstellungsort und -zeitpunkt der von der Friedensgemeinde zerstörten Sig Sauer Pistole mit der Seriennummer B252721.